Niederschrift

aufgenommen bei der Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Hopfgarten am Montag, den 25. Februar 2013 im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes.

Anwesend: *Bürgermeister Paul Sieberer als Vorsitzender sowie die Gemeinderäte 1.Bgm.Stv. Josef Ehrlenbach, 2.Bgm.Stv. Anton Pletzer, Johann Brunner, Peter Rabl, Christian Lotz, Stefan Erharter, Jürgen Klingenschmid, Bernhard Huber, Kaspar Ehammer, Josef Fuchs, Martin Hölzl, Hermann Fohringer, Otto Lenk, Matthias Prem, Andrea Sulzenbacher.*

Entschuldigt: *GV Magdalena Unterberger*

Schriftführer: *AL Herbert Beranek*

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.05 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem zur festgesetzten Tagesordnung keine Anträge eingebracht werden, geht er auf folgende

T a g e s o r d n u n g über:

- 1) Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 10. Dezember 2012*
- 2) Änderung des Flächenwidmungsplanes lt. Antrag ROA*
- 3) Beschlussfassung über Bebauungspläne lt. Antrag ROA*
- 4) BV Sanierung und Umgestaltung Marktplatz*
- 5) Berichte*
- 6) Anfragen, Anträge und Allfälliges*

zu Punkt 1)

Das Protokoll über die letzte Gemeinderatssitzung ist allen Mandataren übermittelt worden, es wird ohne Einwendung zustimmend zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Zu Punkt 2)

- a) Herr Andreas Kogler, Schlafhambauer, beantragt die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Gpn. 2751/1 und 2727/1, KG*

Hopfgarten-Land von Freiland in Wohngebiet gem. § 38 Abs.1 TROG 2011, um der Tochter Inge den Bau eines Eigenheimes zu ermöglichen. Das Planungsgebiet ist im ÖRK als Besiedlungsgebiet ausgewiesen. Festgehalten wird, dass bei weiteren Widmungsanträgen das Mittel der Vertragsraumordnung anzuwenden sein wird. Betreffend Wasserversorgung wird vom Obmann der WG Penning, GR Kaspar Ehammer, mündlich versichert, dass die Versorgung aus der Wassergenossenschaft gewährleistet sei, die schriftliche Zusicherung werde nachgereicht. Im ROA wurde die Änderung des FWP einstimmig befürwortet. Eine Stellungnahme der Wildbach- und Lawinenverbauung ist noch einzuholen, ein besonderes geologisches Gutachten werde nicht verlangt, wenn die Stellungnahme der Wildbachverbauung positiv ausfalle.

GR Kaspar Ehammer bringt die in diesem Bereich nicht befriedigende Löschwasserversorgung zur Kenntnis und schlägt eine Verbesserung in dieser Sache im Zuge der Neuerschließung vor, was noch näher zu prüfen ist.

Im Gemeinderat ergeben sich zum Widmungsantrag keine Fragen, man ist mit der Beschlussfassung über Auflage des Widmungsentwurfes und gleichzeitig der Umwidmung einverstanden, wenn während der Kundmachungsfrist dagegen kein Einwand erhoben wird und die Stellungnahme der Wildbachverbauung positiv ausfällt.

- b) *Herr Peter Wieser, Blaslbauer, beantragt die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Gpn. 2001/1 und 6474/1 KG Hopfgarten-Land von Freiland in Bauland, Gemischtes Wohngebiet gem. § 38 Abs. 2 bzw. von Gemischtes Wohngebiet in Freiland gem. § 41 TROG 2011 zur Bildung einer Bauparzelle für den Sohn Peter. Das Planungsgebiet ist im ÖRK als Besiedlungsfläche ausgewiesen, die Zufahrt und Aufschließung ist gesichert. In Zusammenhang mit der Entsorgung der Niederschlagswässer wird vom Bürgermeister ausgeführt, dass in Abstimmung mit dem Kulturbauamt Kufstein im heurigen Frühjahr eine Begehung zur Gesamtbeurteilung des Siedlungsbereiches (Ableitung in vorhandenen Vorfluter) vorgenommen werde. Im ROA wurde dem Ansuchen einstimmig zugestimmt. Eine Stellungnahme von Wildbach- und Lawinenverbauung bzw. auch der Forstbehörde ist noch ausständig.*

Im Gemeinderat ergeben sich keine Fragen, man ist einhellig mit Beschlussfassung über Auflage und gleichzeitig Umwidmung einverstanden, wenn während der Auflagefrist keine Stellungnahmen abgegeben werden und die gutachterlichen Stellungnahmen positiv ausfallen.

Auf Antrag des ROA beschließt der Gemeinderat gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm §§ 70 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 – TROG 2011, die von DI Alois Laiminger ausgearbeiteten Entwürfe über die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der oben angeführten Grundstücke durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm 70 Abs. 1 lit. a) TROG 2011 der Beschluss über die den Entwürfen entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst, wenn innerhalb der Auflegungsfrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Über die vorgenannten Anträge wird vom Gemeinderat in schriftlicher Abstimmung beschlossen, als Stimmzähler werden die GRe Andrea Sulzenbacher und Hermann Fohringer bestimmt, das Ergebnis lautet:

Punkte a) und b): 16 ja-Stimmen (einstimmige Zustimmung)..

Zu Punkt 3)

a) Die Fa. Transporte Fohringer hat die Genehmigung eines Bebauungsplanes „Markt Fohringer“ von Filzer.Freudenschuß, für den Bereich der Gpn. 151/2 und 151/3 KG Hopfgarten-Markt zur Aufstockung des Bestandsobjektes beantragt, über diesen Antrag wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 8.10.2012 positiv entschieden. Lt. Mitteilung der Aufsichtsbehörde des Amtes der Landesregierung vom 17.12.2012, Zl. Ro-Bau-2-406/186/2-2012, ist eine im Plan enthaltene „schwebende Baugrenzlinie“ in der dargestellten Form nicht zulässig und müsse korrigiert werden. Nach entsprechender Änderung habe der neue Bebauungsplan nochmals im Gemeinderat beschlossen zu werden (verkürzte Auflage möglich).

Diese Korrektur wurde vom Plaungsbüro nun vorgenommen (Baugrenzlinie wurde senkrecht auf die Grundgrenze zur ÖBB hingezogen und die Kettelinie wurde der neuerlich vorgelegten Planung angeglichen, der Bericht angepasst).

Im Gemeinderat ergeben sich keine Fragen und gem. § 66 Abs. 3 TROG 2011 einstimmig die verkürzte Auflage von 14 Tagen zum neuen Bebauungsplan beschlossen. Gleichzeitig wird der Beschluss über die „Erstfassung“ des Bebauungsplanes aufgehoben.

Zudem wird gleichzeitig der Beschluss über die Genehmigung des Bebauungsplanes gefasst, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

b) Frau Marianne Bichler, „Höger“, beantragt die Erlassung eines Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes im Bereich der Gp. 86/1 KG Hopfgarten-Markt, Plan Nr. 406-BPL 01-2012 von Arch. DI. Harald Dablander zur Bebauung des Grundstücks mit einem Zweifamilienhaus. Vom Bürgermeister werden insbesondere die Inhalte besondere Bebauung, besondere Baugrenzlinie zum Nachbargrundstück und die Vorgaben des Brandschutzsachverständigen erläutert, im ROA wurde dem Antrag einhellig zugestimmt.

Auf Antrag des ROA beschließt der Gemeinderat gem. § 66 Abs. 2 TROG 2011 einstimmig, den obgenannten Bebauungsplan laut planlicher und schriftlicher Darstellung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird der Beschluss über die Genehmigung des Bebauungsplanes gefasst, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Zu Punkt 4)

Der Bürgermeister gibt vorerst eine Information über die von Herrn Arch. Mag. Peter Schuh – ehem. Diözesearchitekt, der vor allem die historische Architektur von Hopfgarten sehr gut kennt – in Zusammenarbeit mit dem Bauamt der Gemeinde vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen zur Umgestaltung des Marktplatzes und verweist dabei auf die Information der Mandatare am 18.12.2012 mit Arch. Schuh, der Besichtigungsfahrt nach Kufstein und die Beratungen im Gemeindevorstand sowie RaumOA in dieser Sache.

Neben den erforderlichen Tiefbauarbeiten wie die Neuverlegung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsleitungen, von Stromleitungen für die Platzbeleuchtung und allenfalls Verrohrungen für Beschallungsanlagen hat Arch. Schuh nach Beistellung der erforderlichen Planunterlagen (Höhensituation) die Intention, dem Marktplatz wieder einen verstärkten „Platzcharakter“ zu geben und damit die Möglichkeiten als „Begegnungszone Verkehr“ wie auch als Veranstaltungs- und Zeremonienplatz zu verbessern. Besonders durch das Entfernen bestehender Begrenzungsmauern vor dem Haus Steinerkrämer (Ebner) und im Bereich Kirchenstiege/Kriegerdenkmal würde sich eine einheitlich geschlossene, in leichtem Gefälle liegende, möglichst barrierefreie Ebene ergeben, besondere Niveauunterschiede würden mit verlaufenden Steinstufen (mit deutlicher Kennzeichnung) ausgeglichen. Auch vor dem Gasthof Post könnte in Abstimmung mit der Eigentümerin ein Entfernen der Terrassenmauer und eine Neugestaltung mit Stufen und

Begrenzungspollern zur erheblichen Öffnung des Platzes beitragen (Nutzung einer öffentlichen Fläche zur Terrassenvergrößerung nach Vereinbarung). Im Bereich des Farbenhauses Decker/Eisenmann wird eine Reduzierung der Stützmauer und Schaffung eines barrierefreien Zugangs überlegt, auch hier ist die einvernehmliche Regelung mit den Besitzern Voraussetzung. Der Verlauf der Kirchenstiege würde etwas verlängert, nicht stilgerechte Mauerteile (Hl. Nepomuk) würden beseitigt. Vor dem Kriegerdenkmal ist die Fundierung der Strebepfeiler im Zuge der Bauarbeiten genauer zu untersuchen, Grünbeete- und Sträucher vor dem Mauerwerk sollten belassen werden. Der Zugang zu den Arkaden würde etwas untergeordnet gestaltet, damit die bauliche Dominanz des Kriegerdenkmals etwas zurückgeführt. Die Bepflanzung und der Bewuchs der Kirchenstiegemauer aus Rabatten soll weiterhin bleiben. Die Ausführung der mittig des Platzes und vor der südlichen Häuserzeile verlaufenden Oberflächenwasserrinne würde auch mit Pflastersteinen erfolgen, sodass eine einheitliche Pflasterung des Platzensembles entsteht.

In Sache Verbesserung der Platzbeleuchtung wurde mit einem Fachplaner eine Gestaltung erarbeitet, die neben einer allgemeinen Platzbeleuchtung von den Häuserfirsten eine Betonung der Häuserkanten mit besonderer Wirkung der Platzcharakteristik entstehen lassen würde. Hierzu ist mit den Hauseigentümern das Einverständnis abzusprechen.

Die Vorbereitungen zur Installation einer Anlage für eine Platzbeschallung (beim Empfangen und Veranstaltungen) wurden angebotsmäßig erhoben, dazu soll aber noch eine nähere Untersuchung (für Ansprachen aber ohne Musikbeschallung) erfolgen.

Die Schaffung der Voraussetzungen vor dem Haus Steinerkrämer zur Überdachung des Platzes für Veranstaltungen (Schirmlösung) wurde ebenfalls erhoben, auch hiezu wird man sich nochmals vor allem mit organisatorischen Fragen (Auf- und Abbau, Verwahrung, Beleuchtung, Sicherheitsfragen usw.) sowie der tatsächlichen Nutzbarkeit befassen.

Der Bürgermeister erläutert, dass die bisherigen Besprechungen mit den Hausbesitzern eine sehr positive und aufgeschlossene Zusammenarbeit ergeben hätten, die grundsätzliche Regelung, wonach die Gemeinde für baulichen Maßnahmen auf Privatgrundstücken im Zuge dieses Projekt mit 40 % der Kosten unterstützt, wird wie bei den Anlagen Bräugassl und Brixentaler Straße fortgesetzt.

Bezüglich Verkehrssituation wurde vom Büro für Verkehrstechnik Huter-Hirschhuber die Voraussetzung zur Einführung einer Begegnungszone (verkehrsberuhigte Zone mit Betonung der gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer Fahrzeuge, Fußgänger, Radfahrer) geprüft und Verkehrszählungen (Fahrzeug- sowie Fußgängerfrequenz) vorgenommen. Als zusammengefasstes Ergebnis wurde mitgeteilt, dass sich die formelle Erlassung der Begegnungszone für den Marktplatz besonders anbieten würde. Hinsichtlich des ruhenden Verkehrs soll an einem allgemeinen Parkverbot

festgehalten werden, erlaubt würde weiterhin das Halten und Laden an besonders gekennzeichneten Stellen (Längsspur von Oberbräu bis Krämer und vor Platzmetzgerhaus sowie ein Behinderten-Stellplatz vor dem Gemeindeamt), ansonsten sollte durch Informationen und auch Kontrollen mit Sanktionen die Verparkung des Marktplatzes unterbunden werden.

Erwähnt wird vom Bürgermeister noch, dass die Telefonzelle beim Haus Elite (ehem. Gericht) nach Anregung von Arch. Schuh und Empfehlung des Gemeindevorstands von der Telekom bereits entfernt worden sei.

Schließlich bringt der Bürgermeister die vorläufig ermittelten Kosten für das Projekt zur Kenntnis, diese würden sich einschließlich der noch nicht endgültig geklärten Anschaffung und Installationsarbeiten von Schirmen (ca. € 20.000,-) sowie der Beschallung (ca. € 34.000,-) auf rd. € 300.000,- netto belaufen.

In der Beratung und Diskussion wird im Gemeinderat zu den baulich vorgeschlagenen Maßnahmen von Planer Arch. Peter Schuh dem Projekt ohne Einwand die grundsätzliche Zustimmung erteilt, ebenso wird der vorgeschlagenen Verkehrslösung, den geplanten Beleuchtungsvorschlägen und der abgesprochenen Erweiterung der Terrasse Gasthof Post auf einen Teil des öffentlichen Gutes zugestimmt. Befürwortet wird auch der weiterhin mögliche Betrieb der Sommerterrasse auf dem öffentlichen Gut vor dem Gasthof Oberbräu. Die Details zu den Themen Beschallung, Überdachung mit Schirmen (Gestaltungsfrage mit Konzept zu Platzfunktionen abstimmen, allenfalls Leerverrohrungen für spätere Leitungsverlegungen vorsehen) und Lösung der Frage des ruhenden Verkehrs (Möblierung freier Flächen zur Unterbindung des Fahrzeugabstellens) sollen weiter bearbeitet und dann Entscheidungen im Gemeindevorstand getroffen werden.

Zu Punkt 5)

GR Kaspar Ehammer gibt als Obmann des ForstA einen Rückblick über das Forstwirtschaftsjahr 2012 (Beilage zum Originalprotokoll), bedankt sich bei den Mitgliedern des ForstA für die Teilnahme an der Forsttagssatzung und informiert über die Zahlen des Wirtschaftsjahres 2012 im Bezirk und in der Gemeinde (Holzeinschlag im Bezirk rd. 217.000 efm, in der Marktgemeinde Hopfgarten (Gemeindewald und Privatwälder – ohne Öbf AG) rd. 33.360 efm. Der Einschlag im Gemeindewald betrug rd. 4.600 efm was einem Wert von ca. € 345.000,- entspricht. Er berichtet von den bedeutendsten Schadensereignissen des Vorjahres, erwähnt die wichtige Tätigkeit des Forstaufsichtspersonals bei der Begehung der Wildbäche und hebt auch die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit für die Forstwirtschaft (Zusammenarbeit mit Polytechn. Schule) hervor. Zur Vorschau auf 2013 meint er, dass sich der Holzpreis etwa gleichbleibend entwickeln werde, abschließend bedankt er sich beim neuen Förster Manuel Pichler und WA Hannes Sandbichler für ihre gute Arbeit.

Bgm. Paul Sieberer berichtet von

- a) der Zusage über die Gewährung von Landesmittel – Infrastrukturhilfe in Höhe von € 328.000,- für das Bauvorhaben Sportanlagen, was im Rahmen der Erwartung sei. Weiters informiert er über die bisherige Gesamtkostensituation (Aufträge in Höhe von rd. € 1,12 Mio. vergeben, was rd. 70 % des Gesamtaufwandes entspricht – Kostenschätzung dazu bei € 1,166 Mio.), allerdings werde sich das Wegprojekt aufgrund geologischer Sachverständigenvorgaben von geschätzten € 50.000,- auf rd. € 160.000,- belaufen.*
- b) dem Murenabgang in der Kühlen Luft am 5. Jänner, wobei er sich für die raschen Hilfs- und Sicherungsmaßnahmen bei den Einsatzkräften und der Landesstraßenverwaltung bedankt. Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen werden sich lt. Schätzung der Wildbach- und Lawinenverbauung auf etwa € 200.000,- bis 300.000,- belaufen, wovon die Gemeinde 10 % als Interessentenbeiträge zu leisten hat.*
- c) der Stellenausschreibung für die Nachfolge des KBH-Geschäftsführers und die baldige Entscheidung der Besetzung.*
- d) einer weiteren geplanten Aushubdeponie der Fa. Silberberger-Riedmann im Bereich Windau, für welche im Gemeindevorstand Bedingungen (Anlieferzeiten zum Schutz der Anrainer, Straßenreinigung) vorgegeben worden sind und noch eine privatrechtliche Vereinbarung mit dem Unternehmen abzuschließen ist.*
- e) Holzverkäufen durch den Gemeindevorstand nach Vorschlägen an die Fa. Neuschmied.*
- f) dem Ergebnis der Neuwahlen bei der JHV der Freiwilligen Feuerwehr Hopfgarten mit einem Wechsel auf Führungsebene (Kdt. Hannes Sandbichler, Stv. Michael Ebner, Kassier Andreas Mayr). Er spricht dem ausgeschiedenen Kommandanten Hans Prem und dem Kassier Hubert Wetzinger für die langjährige, sehr verlässliche und verantwortungsvolle Funktionsarbeit den Dank der Gemeinde aus.*

Zu Punkt 6)

GRin Andrea Sulzenbacher ersucht um Information der Bewohner der Diewaldfeldsiedlung betreffend der laufenden Holzschlägerung Badl-Wieden, um Bedenken über mögliche Rutschungen zu zerstreuen.

GV Otto Lenk erinnert nochmals an die Dringlichkeit der Sanierung der Elsbethenbrücke und ersucht um Prüfung einer alternativen Zufahrt zum Siedlungsgebiet Elsbethen.